

K-01 Transformation als Standortvorteil: auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie und zur Energieunabhängigkeit

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 18.04.2021
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Transformation als Standortvorteil: Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie

Antragstext

- 1 Für die deutsche und europäische Industrie ist die Überwindung der Abhängigkeit
2 von Kohle und Öl, von Gas und Uran die entscheidende Zukunftsfrage. Sie zu
3 beantworten, ist angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise und des russischen
4 Angriffskrieges gegen die Ukraine dringlicher denn je. Wladimir Putin hat die
5 globalisierte Welt in ihrer bisherigen Form ins Wanken gebracht und alte
6 Gewissheiten in Frage gestellt. Was bedeutet also internationale Friedens- und
7 Wirtschaftspolitik nach dem 24. Februar 2022?
- 8 Klar ist: Wir müssen uns auf eine neue friedens- und sicherheitspolitische sowie
9 außenwirtschaftliche Situation in Europa und der Welt einstellen. Es geht jetzt
10 um den kompletten ökonomischen Bruch mit Putins Russland. Im Falle von Russland
11 hat der Ansatz Wandel durch Handel zu einer gefährlichen Abhängigkeit geführt.
12 Das Geschäftsmodell basierend auf billigen russischen Fossilen auf Kosten
13 Dritter ist gescheitert. Gerade deshalb ist eine resiliente Wirtschaft so
14 wichtig – und auch von herausragender sicherheitspolitischer Bedeutung. Die
15 Auswirkungen des Krieges sind ein Weckruf; sie haben uns unsere Abhängigkeiten
16 von fossilen Energieträgern deutlich vor Augen geführt sowie dem dringenden
17 Bedarf einer nachhaltigen Transformation unseres Energiesystems und unserer
18 Wirtschaft erneuten Nachdruck verliehen.
- 19 Doch auch die weiteren großen Herausforderungen unserer Zeit sind durch den
20 Krieg nicht angehalten worden. Vielmehr haben sie sich wegen der
21 energiepolitisch volatilen Situation, wegen drohender kurz- bis mittelfristiger
22 Ausfälle etwa von Erdgas als Rohstoff und Energieträger noch einmal dynamisiert.
23 Im Kern bedeutet die aktuelle geopolitische Lage, dass wir die Transformation
24 zur klimaneutralen Produktion unter erschwerten Bedingungen mit noch größerem
25 Handlungsdruck und mit noch schnellerem Tempo vorantreiben müssen. Für uns steht
26 fest: Wer die Transformation bremst, beschleunigt die die Krise.
- 27 Der letzte Bericht des Weltklimarats zeigt, dass die Weltgemeinschaft immer
28 tiefer in die Klimakrise zu rutschen droht. Wenn es uns als Menschheit nicht
29 gelingt, das Ruder herumzureißen, wird sich die Erde zum Ende dieses
30 Jahrhunderts nach aktuellem Verlauf um 3,2 Grad Celsius erwärmen – ein Szenario
31 mit katastrophalen Auswirkungen. Es gilt jetzt, so schnell wie möglich den Weg
32 hin zur Klimaneutralität zu beschreiten und die Erneuerbaren Energien konsequent
33 auszubauen.
- 34 Die industrielle Basis wird bei alledem auch in Zukunft das Rückgrat einer
35 starken, resilienten und innovativen Volkswirtschaft sein. Das bedeutet im
36 Umkehrschluss: Wenn wir nun endlich mit dieser Transformation beginnen und
37 sofort auf den Pariser Klimapfad zur Eindämmung der Erderwärmung auf 1.5°C
38 einschwenken, ist das eine große Chance für das Bestehen im internationalen

39 Wettbewerb um die Technologien von morgen. Nur so sichern wir den klimagerechten
40 Wohlstand.

41 Klimakrise und Coronapandemie, Biodiversitätskrise und Krieg in Europa: Die
42 Gleichzeitigkeit der aktuellen Krisen fordert die Unternehmen, die
43 Arbeitnehmer*innen und das ganze Land – im Verbund mit unseren europäischen
44 Partnern – auf nicht geahnte Weise. Wir setzen alles daran, Wertschöpfung und
45 gute Arbeitsplätze in dieser schwierigen Zeit zu erhalten. Und wir werden in der
46 Krise die strukturellen Veränderungen angehen, um gestärkt zu sein für die
47 kommenden Jahrzehnte. In einer Allianz aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
48 werden wir die wirtschaftlichen Weichen neu stellen. Dafür setzen wir auf eine
49 aktive und nachhaltige Industriepolitik, die bei Klimaschutz und Digitalisierung
50 vorangeht, unsere Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit stärkt – und die
51 planetaren Grenzen respektiert.

52 Wir setzen uns ambitionierte Ziele: Nordrhein-Westfalen als Kernland vieler
53 energieintensiver Grundstoffindustrien, die bislang auf fossiler Basis und damit
54 mit hohen Treibhausgasemissionen produzieren, kann mit uns Grünen die erste CO₂-
55 freie Industrieregion Europas werden. Auf Bundesebene richtet die
56 Bundesregierung die Politik bereits konsequent auf das Ziel der Klimaneutralität
57 aus. Jetzt braucht es auch in Nordrhein-Westfalen eine Landesregierung, die
58 mitzieht.

59 Wir haben Schleswig-Holstein in den letzten beiden Legislaturperioden zum
60 absoluten Vorreiter der Energiewende gemacht. Schon heute machen die
61 Erneuerbaren Energien dort über 160% der Stromversorgung aus. Viele Unternehmen
62 arbeiten gerade daran, sich auf dieser Grundlage unabhängig von fossilen
63 Energien zu machen. Aus dem Klimaschutzprojekt Energiewende ist ein
64 Wirtschaftsbooster, aus den Erneuerbaren Energien ein Standortvorteil geworden.
65 Den gilt es, besonders in den nächsten 5 Jahren auszubauen. Wir kämpfen darum,
66 dass dieser Weg in Schleswig-Holstein unter grüner Führung weiter beschritten
67 werden kann; auch weil wir Schleswig-Holstein von Länderseite als
68 energiepolitischen Impulsgeber auf Bundesebene benötigen.

69 **Klimaschutz schafft Wohlstand, Arbeitsplätze und Sicherheit**

70 Die Märkte der Zukunft werden digital und klimaneutral sein – in der Region, in
71 Europa und weltweit. Für ein exportorientiertes Land ist es deshalb besonders
72 wichtig, früh und konsequent diesen Weg zu gehen und die Lösungen für eine
73 klimaneutrale Gesellschaft zu entwickeln, um auf dem internationalen Markt
74 weiterhin standhalten zu können. Auch unsere Bundesländer können international
75 Vorbilder sein, Nordrhein-Westfalen etwa als Vorreiter einer klimaneutralen
76 Industrie. Global muss Deutschland ein Zeichen setzen: Klimaneutraler Wohlstand
77 ist möglich. Diese Chancen gilt es, zu ergreifen, denn wer zaudert und zögert,
78 riskiert, den Anschluss zu verlieren.

79 Insbesondere die Grundstoffindustrien Stahl, Chemie und Zement sind auf große
80 Mengen Energie angewiesen. Als Industriezweig mit den höchsten
81 Treibhausgasemissionen produzieren sie zugleich Grundstoffe, die entscheidend
82 sind für viele weitere wichtige Branchen mit hoher Wertschöpfung – von der
83 Automobilindustrie über den Maschinenbau bis hin zur Bauindustrie. Die
84 Transformation dieser Branchen ist fundamental für das Erreichen der Klimaziele
85 und die Schaffung klimagerechten Wohlstands.

86 Wir sehen, dass sich die grüne Wende auf dem Finanzmarkt (Sustainable Finance)
87 auch immer stärker in Investitionsentscheidungen vor Ort niederschlägt und diese
88 an die Nachhaltigkeit von Produktionsweisen, Geschäftsmodellen oder der
89 Verfügbarkeit von Erneuerbaren Energien gekoppelt werden. So hat etwa der
90 Halbleiterhersteller Intel seine Standortentscheidung mit einem
91 Investitionsvolumen von 17 Mrd. Euro und 3000 neuen Arbeitsplätzen explizit
92 wegen seiner Nachhaltigkeitsziele von der Verfügbarkeit von grünem Strom
93 abhängig gemacht, genauso wie Tesla seine Standortwahl in Brandenburg mit bis zu
94 12000 Mitarbeitenden mit der Verfügbarkeit sauberer Energie begründet.

95 Vor diesem Hintergrund stehen wir für eine Politik, die fordert, führt und
96 verlässlich steuert. Nicht, weil der Staat besser wirtschaften kann, sondern
97 weil die Wirtschaft klare Verhältnisse und verlässliche politische
98 Rahmenbedingungen braucht. Wir machen Politik, die den Wandel unterstützt, statt
99 ihn zu behindern oder zu verschieben. Nur so haben Unternehmen
100 Planungssicherheit, richten ihre Produktion und Dienstleistungen auf
101 Klimaneutralität aus – und investieren in klimaneutrale Geschäftsmodelle und
102 Prozesse.

103 Auf dem Weg zur Klimaneutralität werden in den kommenden Jahren hunderttausende
104 neue Jobs entstehen – sogenannte Green Jobs. Gleichzeitig ist die ökologische
105 Transformation für viele Menschen und Unternehmen eine große Herausforderung.
106 Dort, wo sich Jobprofile grundlegend verändern, werden wir Unternehmen und
107 Beschäftigte auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen Wirtschaftssystem
108 unterstützen und ihnen zur Seite stehen. Mit einer Überarbeitung der
109 Fachkräftestrategie werden wir dafür sorgen, dass die Potentiale von
110 Weiterbildung und Umschulungen stärker genutzt werden. Wir wollen zudem die
111 Erwerbsbeteiligung von Frauen, älteren Erwerbspersonen sowie Menschen mit
112 Behinderung weiter verbessern. Auch Arbeitskräftezuwanderung soll leichter
113 möglich werden.

114 Dabei sind Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung zentral. Sie
115 sind unerlässlich für einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, für gute
116 Arbeit für alle. Deswegen wollen wir die betriebliche Mitbestimmung – gerade
117 auch dort, wo sie noch nicht so stark ausgeprägt ist – stärken und
118 Umgehungsmöglichkeiten verhindern. Noch in der laufenden Legislaturperiode
119 schaffen wir auf Bundesebene ein Tariftreuegesetz und erarbeiten weitere
120 Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung.

121 **Europäische Zusammenarbeit für erfolgreiche Maßnahmen zur CO₂-Reduktion**

122 Mit dem Abbau von Hürden bei der Nutzung von selbst erzeugtem erneuerbarem Strom
123 und einem zunehmenden Einsatz von grünem Wasserstoff treiben wir die
124 Dekarbonisierung der Prozesse voran. Klimaverträge (Carbon Contracts for
125 Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den
126 tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für
127 Investitionssicherheit. Diese federn das Investitionsrisiko für die Unternehmen
128 ab und regen sie an, Milliarden in Klimaneutralität zu investieren. In der
129 Ampel-Koalition geben wir den Unternehmen durch die Erhöhung der Haushaltsmittel
130 für diese Klimaverträge nun endlich die politische und finanzielle
131 Verbindlichkeit, die lange fehlte – und deren Abwesenheit privatwirtschaftliche

132 Investitionen ausgebremst hat. Gleichzeitig schaffen wir durch Mindestquoten in
133 der öffentlichen Beschaffung sichere Absatzmärkte für klimafreundliche Produkte.

134 Für bestimmte Produkte mit hohen CO₂-Emissionen, bei denen die europäischen
135 Herstellerunternehmen im globalen Wettbewerb stehen, soll es auf EU-Ebene einen
136 wirksamen Grenzausgleich für steigende CO₂-Kosten geben. So erhalten wir die
137 Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie auch im Transformationsprozess.
138 Entsprechende CO₂-intensive Produkte, die aus Regionen ohne äquivalente CO₂-
139 Bepreisung kommen, sollen beim Import nach Europa einen dem europäischen
140 Emissionshandel entsprechenden Beitrag leisten. So wird für einen fairen
141 Ausgleich im internationalen Handel gesorgt, Klimadumping verhindert und Anreize
142 gesetzt, auch in anderen Weltregionen wirksame Klimaschutzmaßnahmen zu
143 ergreifen.

144 Wir unterstützen daher grundsätzlich den Vorschlag der EU-Kommission und des
145 Rates, ein Grenzausgleichssystem (Carbon Border Adjustment Mechanism, CBAM) als
146 wirksames Schutzinstrument vor Emissionsverlagerung (Carbon Leakage) einzuführen
147 und das bisherige System freier Zuteilungen im ETS zu ersetzen.

148 Wir werden den weiteren Gesetzgebungsprozess konstruktiv begleiten, damit der
149 Grenzausgleich WTO-konform ausgestaltet wird, Exporte aus der EU berücksichtigt,
150 die notwendigen Anreize zur Transformation setzt und dabei gleichzeitig einen
151 fairen Wettbewerb auf den internationalen Märkten sicherstellt.

152 Ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus wird umso stärker, je mehr Länder sich
153 beteiligen. Wir streben deshalb eine Zusammenarbeit mit internationalen Partnern
154 beim Grenzausgleich an, mit der Vision, langfristig einen großen Handelsraum für
155 klimaneutrale Produkte zu schaffen.

156 Die industrielle Revolution der Dekarbonisierung muss europäisch zum
157 Erfolgsmodell werden. Wenn Deutschland allein seine Industrie modernisiert, wird
158 langfristig der Unterschied in der Wettbewerbsfähigkeit einzelner
159 Mitgliedsstaaten zu groß – und damit zur Gefahr für den gemeinsamen Binnenmarkt
160 und die Europäische Union. Deswegen soll es auch auf europäischer Ebene einen
161 Rahmen für Klimaverträge geben. Bessere Marktbedingungen und damit
162 Investitionssicherheit wollen wir durch gemeinsame Standards erreichen, zum
163 Beispiel durch ein Label für klimaneutrale Produkte und klare Vorgaben in der
164 europäischen Ökodesign-Richtlinie.

165 Für eine grüne Transformation der Industrie brauchen wir eine gesicherte
166 Versorgung mit (kritischen) Rohstoffen und strategischen Gütern wie etwa
167 Halbleitern, damit etwa der Ausbau der Erneuerbaren Energien gelingen kann.
168 Dafür wird eine genuine EU- Strategie benötigt, die auf Kreislaufwirtschaft,
169 Diversifikation von Handelspartnern und starken Investitionen in Forschung und
170 Entwicklung basiert. Der von der Kommission vorgeschlagene Chips Act bietet sich
171 als ein möglicher Ansatzpunkt an.

172 **Energieunabhängigkeit mit Erneuerbaren, Effizienz und Einsparungen**

173 Die Sicherheit der Energieversorgung ist essentiell für die Zukunftsfähigkeit
174 der Industrie. Der wichtigste Schlüssel dazu ist der schnellere Ausbau der
175 Erneuerbaren Energien, das Ende unserer Abhängigkeit von russischen
176 Energiequellen und der Komplettausstieg von fossilen Energieträgern. Wir wollen
177 bis 2035 zu 100% Erneuerbare Energien. Nur so kann die Importabhängigkeit von

178 fossilen Rohstoffen überwunden und Energiesicherheit erreicht werden. Wir haben
179 in der Bundesregierung mit dem Osterpaket ein Ausbauprogramm für die
180 Erneuerbaren Energien inklusive der Beschleunigung von Planungsprozessen auf den
181 Weg gebracht, das es seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 so noch nicht
182 gegeben hat.

183 Wir übernehmen Verantwortung für die Versorgungssicherheit. Dabei kann sich der
184 Bund auf die Unterstützung von Schleswig-Holstein verlassen, das einen deutlich
185 höheren Anteil Erneuerbarer Energien bereitstellt, als es dessen Anteil an der
186 Bundesfläche entspricht, und mindestens 10% der bundesweit an Land
187 erforderlichen Strommenge aus Erneuerbaren Energien erzeugen will. Dafür wollen
188 wir erreichen, dass das Land künftig 3% seiner Fläche für die Windenergie an
189 Land zur Verfügung stellt.

190 Genauso verstärken wir bundesweit die Anstrengungen zum Energiesparen und zur
191 Erhöhung der Energieeffizienz drastisch. Mit dem zweiten Entlastungspaket wurden
192 hier wichtige Weichen im Gebäudesektor gestellt. So gilt ab 2023 im Neubau der
193 Effizienzstandard 55; ab 2024 muss jede neue Heizung mit 65% Erneuerbaren
194 Energien betrieben werden. Die Beschleunigung der Energiewende ist dabei auch
195 eine Frage der nationalen und europäischen Sicherheit. Der Ausbau der
196 Erneuerbaren Energien und der Aufbau von Infrastrukturen für die verlässliche
197 Energie- und Rohstoffversorgung der Zukunft ist von überragendem öffentlichem
198 Interesse. In der Bundesregierung arbeiten wir intensiv daran, das Tempo etwa
199 über die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter zu
200 erhöhen.

201 Neben guten Rahmenbedingungen für die Windkraftindustrie wollen wir die
202 Photovoltaik-Produktion in Europa wieder neu ansiedeln. Es darf nicht sein, dass
203 in der EU zwar die neusten Solarzellen entwickelt, aber nicht hier gebaut
204 werden. Daher werden wir eine europäische Industrialisierungsoffensive (IPCEI)
205 für die Solarproduktion auf den Weg bringen. Die gleichen Anstrengungen müssen
206 wir auch mit Blick auf Wärmepumpen und serielles Sanieren unternehmen.

207 Um die Energie-Abhängigkeit von Russland in schnellem Tempo zu beenden, benötigt
208 es allerdings auch kurzfristige Maßnahmen zur Diversifizierung. Wir
209 unterstützen, dass die Bundesregierung unter Hochdruck und in enger Abstimmung
210 mit unseren europäischen Nachbarn neue LNG-Terminals errichtet. Wichtig ist,
211 dass hier locked-in-Investitionen verhindert werden und die Terminals daher
212 wasserstoff-ready sind. Zudem braucht es eine ambitionierte
213 Erdgasausstiegsstrategie. Wir stellen rechtlich sicher, dass Gasspeicher in
214 Zukunft immer ausreichend gefüllt sind. Dazu hat der Deutsche Bundestag auf
215 Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums ein Gesetz zur verpflichtenden
216 Einspeicherung von Gas beschlossen. Zudem muss gewährleistet sein, dass
217 Kohlekraftwerke als Backup zur Verfügung stehen. Am Kohleausstieg bis 2030
218 halten wir weiterhin fest. Wir müssen schnellstmöglich raus aus den fossilen
219 Energieträgern, aber bis wir dort sind, werden wir eine diversifizierte
220 Versorgung sicherstellen.

221 Auf dem Weg zur globalen Klimaneutralität werden wir diejenigen Länder
222 unterstützen, für die der Wandel noch härter zu stemmen ist.

223 **Klimaneutralität in der Industrie mit Grüner Technologie**

224 Die energieintensive Stahlindustrie verursacht rund 30% der deutschen Industrie-
225 Emissionen. Zugleich ist sie eine Schlüsselindustrie für unsere Volkswirtschaft
226 und für funktionierende Wertschöpfungsketten. Nordrhein-Westfalen ist der
227 wichtigste Standort der Stahlindustrie in Deutschland und Europa.

228 Die deutsche Stahlindustrie ist bereits weltweit führend bei der Entwicklung von
229 Technologien für eine CO₂-arme Stahlproduktion. Deutsche Anlagen und Stahlwerke
230 gehören zu den energieeffizientesten weltweit. Darauf müssen wir aufbauen und
231 die nächsten Schritte gehen. So wie ein Großteil der Emissionen und des
232 Energieverbrauchs in der Industrie liegen, können auch dort die größten
233 Einsparungen realisiert werden. Wir setzen uns für den Erhalt einer
234 nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Deutschland
235 und damit vor allem in Nordrhein-Westfalen ein.

236 Wir unterstützen die Stahlindustrie in der anstehenden Transformation und
237 schaffen klare Rahmenbedingungen auf Bundes- wie auf Landesebene, damit die
238 Umstellung auf wasserstoffbasierte Verfahren gelingen und klimafreundlicher
239 Stahl am Standort Deutschland wettbewerbsfähig produziert werden kann. Projekte
240 wie das von thyssenkrupp steel und der Steag, für das spätestens im kommenden
241 Jahr die Investitionsentscheidung für eine 520MW-Elektrolyse-Anlage fallen wird,
242 wären hier wegweisend.

243 Der Bund und die Länder stellen insgesamt mehr als acht Mrd. Euro für die
244 wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse zu Wasserstoff („IPCEI
245 Wasserstoff“) bereit. Damit sollen bis 2030 rund 12,8 Mio. Tonnen pro Jahr an
246 CO₂-Emissionen eingespart werden. Das ist ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz,
247 für die Wettbewerbsfähigkeit und für Arbeitsplätze der Zukunft. Besonders
248 wichtig sind dabei die Projekte zur Umstellung auf klimaneutrale Produktion von
249 grünem Stahl auf Basis von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien. Alle in
250 Deutschland tätigen Stahlunternehmen erhalten Fördermittel aus dem IPCEI. Die
251 Projekte bilden die gesamte Wertschöpfungskette ab.

252 Außerdem können im Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“
253 Investitionen der Stahlindustrie gefördert werden. Zugleich arbeitet die
254 Bundesregierung an einem deutlichen Ausbau der nationalen Wasserstoff-
255 Erzeugungskapazitäten und der relevanten Infrastruktur, etwa Pipelines zum
256 Transport.

257 Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit grünem Wasserstoff
258 absolute Priorität. Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare Energien und
259 gezielter Förderung bauen wir die heimische Produktion von grünem Wasserstoff
260 auf. Gleichzeitig werden wir die notwendigen Importinfrastrukturen für grünen
261 Wasserstoff mit Hochdruck entwickeln und nachhaltig gestalten, denn auch bei
262 einem noch so ambitionierten Ausbau der inländischen Kapazitäten werden Importe
263 aus Regionen, in denen aus klimatischen Gründen Erneuerbare Energien günstiger
264 produziert werden können, eine große Rolle spielen. Deshalb werden wir auch das
265 Programm H2Global weiter ausbauen.

266 Wie in der Stahlproduktion gibt es auch in anderen Grundstoffindustrien viele
267 Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht möglich ist. Für diese
268 Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch Klimaneutralität zu
269 erreichen. Zusätzlich können Wasserstoff und seine Derivate wie Ammoniak – etwa
270 in Brennstoffzellen – einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

271 Aber nur grüner Wasserstoff aus Erneuerbarer Energie bringt einen wirklichen
272 Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff und der Ausbau von Wind- und
273 Solarenergie untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt es allerdings weder
274 ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff aus Ökostrom
275 noch ausreichend Strom aus Erneuerbaren Energiequellen. Wer den
276 Industriestandort erhalten und umbauen will, muss deshalb die 1000-Meter-
277 Abstandsregel in Nordrhein-Westfalen und die 10H-Regel in Bayern hinter sich
278 lassen – und den Ausbau aller Erneuerbaren überall offensiv voran treiben.

279 Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein knappes Gut sein. Daher
280 setzen wir uns im Sinne der Energieeffizienz dafür ein, dass er vorrangig dort
281 zum Einsatz kommt, wo die CO₂-Einsparung am größten ist oder es keine
282 technologischen oder wirtschaftlichen Alternativen gibt. Das ist neben der
283 Industrie – insbesondere der Chemie-, Stahl- und Zementindustrie – vor allem der
284 Flug- und Schiffsverkehr. Die nationale Wasserstoffstrategie überarbeiten wir
285 entsprechend.

286 **Transformation zur Kreislaufwirtschaft auch in der Chemieindustrie**

287 Die chemische Industrie stellt einen großen Anteil an der Wertschöpfung in
288 Deutschland und hat eine lange Tradition. Sie schafft sichere Arbeit für rund
289 500.000 Menschen; allein in Nordrhein-Westfalen sind es fast 100.000
290 Beschäftigte. Zudem hängen eine Vielzahl weiterer Branchen und
291 Produktionsbereiche mit der chemischen Industrie zusammen, da sie für viele
292 Prozesse benötigte Stoffe herstellt. Um die Chemieindustrie auf dem 1,5-Grad-
293 Pfad zu unterstützen, gehen wir die zentralen Herausforderungen beherzt an.

294 Neben der sicheren Versorgung mit Erneuerbarer Energie wollen wir eine
295 Kreislaufwirtschaft etablieren, die u.a. auf eine massive Ausweitung des
296 Recyclings setzt. Unser Ziel ist eine Chemie ohne Abfälle mit weitgehend
297 geschlossenen Stoffkreisläufen, um die deutsche Industrie auch unabhängiger von
298 Rohstoffimporten zu machen. Hierzu passen wir den bestehenden rechtlichen Rahmen
299 an, definieren klare Ziele und überprüfen abfallrechtliche Vorgaben und
300 Sammelmöglichkeiten. In einer „Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie“ bündeln
301 wir bestehende rohstoffpolitische Strategien, entwickeln diese weiter und
302 unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission für ökologische
303 Produktstandards (Ökodesign-Richtlinie) sowie einheitliche
304 Nachhaltigkeitsstandards. Anforderungen an Produkte müssen europaweit
305 ambitioniert und einheitlich festgelegt werden. Produkte dürfen keine umwelt-
306 und gesundheitsschädlichen Substanzen enthalten und müssen langlebig und
307 wiederverwendbar, recycelbar und möglichst reparierbar sein. Wir unterstützen
308 die Einführung eines digitalen Produktpasses, um Informationen über die Produkte
309 leicht und überall verfügbar zu machen.

310 Wir streben darüber hinaus Quoten und Benchmarks für Rohstoffe aus
311 Recyclingprozessen sowie den Energieverbrauch für bestimmte Prozesse an. Diese
312 müssen durch Maßnahmen für Importprodukte flankiert werden. Es ist entscheidend,
313 dass Maßnahmen wie etwa Quoten zu einer Schaffung von funktionierenden Märkten
314 für recycelte (kritische) Rohstoffe führen. Diese dürfen nicht in Konkurrenz zu
315 primären Rohstoffmärkten stehen.

316 **Klima- und sozialgerechter Strukturwandel in den Kohleregionen**

317 Durch den beschlossenen Ausstiegspfad aus der Kohle bis 2030 und das absehbare
318 Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier, in den
319 Kohleregionen Ostdeutschlands und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke
320 in vollem Gang. Wir wollen, dass er auch klima- und sozialgerecht gestaltet
321 wird. So schaffen wir neuen Wohlstand, bieten Sicherheit und erhalten
322 Lebensqualität. Wir begreifen die Gestaltung des Wandels als
323 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um Regionen und insbesondere die dort
324 ansässigen kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen, wollen wir daher
325 regionale Transformationscluster auflegen.

326 Auch die Beschäftigten wollen wir auf dem Weg hin zu einem klimaneutralen
327 Wirtschaftssystem in den Strukturwandelregionen unterstützen, vor allem, wenn
328 sich Jobprofile grundlegend verändern oder Arbeitsplätze bedroht sind. Die
329 Beschäftigten etwa in der Kohleindustrie haben unglaublich viel geleistet.
330 Niemand von ihnen wird ins Bergfreie fallen. Deswegen braucht es in der
331 ökologischen Transformation ein noch viel besseres Angebot an Weiterbildung und
332 Qualifizierung. Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Menschen durch
333 den Strukturwandel begleiten und so auch dem Fachkräftemangel in vielen
334 Bereichen begegnen, denn wir brauchen tatkräftige und qualifizierte Menschen für
335 die ökologische Transformation.

336 Der Weiterbildung kommt im Transformationsprozess eine Schlüsselrolle zu.
337 Deswegen hat sich die Ampel das ambitionierteste Weiterbildungsprogramm aller
338 bisherigen Bundesregierungen aufgelegt. Diejenigen, die neue Perspektiven oder
339 Qualifizierung benötigen, unterstützen wir mit dem neuen, an das
340 Kurzarbeitergeld angelehnten Qualifizierungsgeld. Damit können Unternehmen im
341 Strukturwandel unterstützt, ihre Beschäftigten durch Qualifizierung im Betrieb
342 gehalten und Fachkräfte gesichert werden.

343 Auch wollen wir vor Ort mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft und
344 Räume für den gesellschaftlichen Austausch schaffen. Denn der
345 Strukturwandelprozess muss breit getragen und von den Menschen vor Ort
346 gemeinsam gestaltet werden können.